



Gemeinde Wölfersheim		
Eing.: 18. Juli 2023		
Stelle		

Wölfersheim, den 18.07.2023

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung  
Herrn Gerhard Weber  
Hauptstraße 60 / Rathaus  
61200 Wölfersheim

**Dringlichkeits-Antrag nach § 10 der Geschäftsordnung**  
Flüchtlingsunterbringung des Wetteraukreises in Berstadt

**Sachverhalt:**

Der Wetteraukreis richtet aktuell im Berstädter Industriegebiet in den ehemaligen Räumlichkeiten der Firma Waurig eine Flüchtlingsunterkunft ein. In dem Gebäude sollen bis zu 80 Personen untergebracht werden. Am Montag den 17.07.2023 fand eine Begehung des Wetteraukreises mit Vertretern der Gemeinde- und Kreisgremien statt. Im Zuge dieser Besichtigung ergaben sich mehrere Fragen, die unbeantwortet blieben. Speziell geht es um die Integration der Menschen und die Kommunikation mit den Bürgern aus Berstadt. Ebenfalls stellte sich heraus, dass die Unterkunft räumlich alles andere als optimal für die dauerhafte Unterbringung von Menschen geeignet ist.

**Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindevertretung fordert den Gemeindevorstand auf, dem Wetteraukreis folgende Punkte weiterzuleiten:

- 1) Der Schallschutz in der Halle muss verbessert werden. Aufgrund der hohen Lautstärke sind Konflikte vorprogrammiert. Der Lautstärkepegel ist von einer Fachfirma zu messen.
- 2) Der Wetteraukreis soll im Zuge einer Sitzung des Wölfersheimer Sozialausschusses über die Integrationsmaßnahmen für die geflüchteten Menschen berichten, da im Zuge der Begehung nicht klar dargestellt werden konnte, wie die Geflüchteten dauerhaft in unserem Land Fuß fassen können.
- 3) Der Landrat und die Erste Beigeordnete des Wetteraukreises sollen im Zuge einer Informationsveranstaltung Vertreter der Berstädter Vereine, der Kirche, der Landwirte und der Nachbarn die Beweggründe für die vorgesehene Betreuung der Sammelunterkunft darlegen.
- 4) Viele ortsansässige bzw. ortsnahe Hausärzte haben sich einen Aufnahmestopp für neue Patienten auferlegt. Daher soll der Wetteraukreis dafür Sorge tragen, dass die Geflüchteten im Krankheitsfall, sowie beratend stundenweise eine Ärztin bzw. einen Arzt zur Verfügung gestellt bekommen. Die ärztliche Unterstützung soll vor Ort sowie telefonisch stattfinden. Hiermit sollen die bereits jetzt schon ausgelasteten Ärzte entlastet werden.

Für die SPD-Fraktion  
Matthias Appel  
Fraktionsvorsitzender